

ÖH-Wahl 2021



Grundsätze und Forderungen

Inhaltsverzeichnis

1	Wer wird sind	3
2	Was wir für die Universität Salzburg wollen – Unsere Forderungen.....	3
2.1	Transparenz.....	3
2.2	Direkte Mitbestimmung	4
2.3	Digitalisierung in der Lehre unter Wahrung der Privatsphäre.....	4
2.4	Studierendenzentrierte Curricula und einfache Anrechenbarkeit	4
2.5	Lehramt – Synergien nutzen statt Dauerkonflikt.....	5
2.6	Unparteiische Aufklärung von Plagiats- oder Schummelvorwürfen.....	5
2.7	Bestmögliche Unterstützung von internationalen Studierenden	6
2.8	Zeitliche Flexibilität bei LVs mit Anwesenheitspflicht - bei Berufstätigkeit, Betreuungspflicht oder Lasten durch Covid-19	6
2.9	Keine weiteren Kosten für Studierende.....	6
2.10	Ausbau der Sommeruniversität	6
3	Die FLUS und die FLÖ	8
3.1	Grundsätze von FLUS & FLÖ.....	8
3.2	Forderungen von FLUS & FLÖ	13
4	Wir suchen Dich!	27
5	Kontakt und Impressum	27

1 Wer wird sind

Die "FLUS", die Fachschaftsliste der Universität Salzburg, ist ein Zusammenschluss von Studierenden ohne Bindung an eine politische Partei. Dies bedeutet aber nicht, dass Gesellschaftspolitik neben der Servicepolitik für uns in der ÖH keinen Stellenwert hat. Wir setzen uns im Gegenteil für alle Bereiche ein, die den Alltag von Studierenden betreffen, sind dabei jedoch keinen parteipolitischen Zwänge unterworfen. Die FLUS besteht aus Studierenden unterschiedlichster Fachrichtungen und Semestern, daher sind uns auch die Herausforderungen vieler Bereiche an der Universität Salzburg bekannt.

Als basisdemokratische Bewegung sind uns Kritik, Vorschläge und Wünsche, die unmittelbar von den Studierenden selbst kommen, am wichtigsten. Wir sehen uns als Teil der großen Familie der Fachschaftslisten Österreich (FLÖ), die an vielen österreichischen Hochschulen in Vertretungen und Vorsitzen sowie in der ÖH-Bundesvertretung aktiv ist.

Als Teil der FLÖ teilen wir deren Grundsätze und allgemeinpolitische sowie hochschulpolitische Forderungen.

2 Was wir für die Universität Salzburg wollen – Unsere Forderungen

Gemeinsam mit der FLÖ haben wir hochschulpolitische und gesellschaftspolitische Forderungen erarbeitet. Speziell für die Universitätsvertretung an der Universität Salzburg haben wir als FLUS noch einige wesentliche Forderungen formuliert:

2.1 Transparenz

Entscheidungen der Universität sollen unmittelbar und klar kommuniziert werden und deren Hintergründe offengelegt werden, dies ist insbesondere sensibel bei Berufungsverfahren. Aktuell ist auch im Rahmen der Umstrukturierungen an der PLUS bezüglich aller geplanten Änderungen größtmögliche Transparenz zu fordern.

2.2 Direkte Mitbestimmung

Wir setzen uns für studentische Mitbestimmung auf allen Ebenen der Universitätspolitik ein. Einerseits soll die Verbindung zwischen ÖH-Gremien und den StVen gestärkt werden. Jede Entscheidung, welche Auswirkungen auf die Arbeit einer StV hat oder den jeweiligen Fachbereich einer StV unmittelbar betrifft, soll mit dieser vorab besprochen werden.

Feedback, Einwände und Verbesserungsvorschläge sollen dabei besonders berücksichtigt werden. Andererseits soll die Stimme der ÖH im universitären Gesamtbetrieb gestärkt werden. Gerade angesichts der Neustrukturierung unserer Universität ist es besonders wichtig, dass Bedürfnisse der Studierenden berücksichtigt werden, Einwände und Petitionen berücksichtigt und für niemanden eine Verschlechterung geschaffen wird.

2.3 Digitalisierung in der Lehre unter Wahrung der Privatsphäre

In Übereinstimmung mit der FLÖ setzen wir uns für Aus- und Weiterbildungen für Lehrende im Bereich Digitalisierung ein. Wo dies in der Kürze der Zeit nicht umsetzbar ist, wäre ein entsprechendes Budget sinnvoll, um Studierende im Rahmen einer Anstellung an der Universität mit Aufgaben im Bereich technischer Unterstützung von Lehrveranstaltungen zu betrauen.

Es sollte selbstverständlich sein, dass jeder Einsatz digitaler Lehre den Normen der Barrierefreiheit entspricht.

Für den Ablauf von Online-Prüfungen fordern wir, dass alle Maßnahmen gegen Schummeln verhältnismäßig sind und keinesfalls zu Unrecht in die Privatsphäre der Studierenden eingreifen. Universitätsweit sollten dafür einheitliche Richtlinien gelten.

2.4 Studierendenzentrierte Curricula und einfache Anrechenbarkeit

Curricula sollen an die Bedürfnisse der Studierenden angepasst werden. Dazu zählt auch, dass sie genügend Freiraum für eigene Schwerpunktsetzung zu lassen und keine überflüssigen Voraussetzungsketten beinhalten.

Bei der ECTS-Zuteilung soll das Ergebnis der LV-Evaluierungen berücksichtigt werden, um Fairness sicherzustellen. Anrechnungen von LVs anderer Hochschulen oder Schulen sollten so

einfach als möglich gestaltet werden und müssen genehmigt werden, wenn die fachliche Übereinstimmung gegeben ist. Die Fachbereiche sollte es als ihr Ziel ansehen, dass der Erwerb jedes einschlägigen Wissens gefördert wird und ggf. für das eigene Studium angerechnet werden kann.

2.5 Lehramt – Synergien nutzen statt Dauerkonflikt

Das Lehramtsstudium Sekundarstufe Allgemeinbildung wird seit WS2016 im Verbund mit neun anderen Hochschulen an den Standorten Linz und Salzburg angeboten. Dies führte immer wieder zu Konflikten um die Studierendenzahlen und damit durch die Prüfungsaktivität bemessenen finanziellen Leistungen seitens des Bundes. Diese Konflikte gingen stets zu Lasten der Studierenden, die in den Studienfächern Deutsch, Englisch, Geographie und Wirtschaft, sowie Bewegung und Sport gezwungen sind für Lehrveranstaltungen zwischen Linz und Salzburg zu pendeln.

Diese Belastung muss ein Ende haben. Es ist grundsätzlich ein Vorteil ein umfangreiches Lehrangebot verschiedener Hochschulen nutzen zu können, jedoch darf dies nicht zu einem permanenten Pendelzwang führen. Daher sollen in Zukunft die betreffenden Lehrveranstaltungen digital angeboten werden, oder die Lehrenden in Linz und Salzburg diese Lehrveranstaltungen anbieten. Dies ist auch ökonomisch und ökologisch sinnvoller.

2.6 Unparteiische Aufklärung von Plagiats- oder Schummelvorwürfen

Mit Beginn der COVID-19 Pandemie und der damit einhergehenden Umstellung der Hochschullehre auf Fernlehre, wurden auch viele Prüfungen auf ein digitales Format umgestellt. Damit ergab sich die Frage nach der Vermeidung von Plagiaten durch "Schummeln". Wurden derartige Vorwürfe erhoben, kamen Lehrenden die Doppelrolle von Anklage und Richter*in zu.

Dies ist an sich grundproblematisch. Grundsätzlich sollten solche Vorwürfe natürlich aufgeklärt werden, jedoch sehen wir hier ein unabhängiges Gremium welches sich dieser Fälle annimmt und beurteilt als einzige gerechte Lösung für Lehrende und Studierende.

2.7 Bestmögliche Unterstützung von internationalen Studierenden

Neben der Aufhebung von Studiengebühren für internationale Studierende, wie sie auch in den Prinzipien der FLÖ formuliert ist, halten wir es für eine Selbstverständlichkeit, dass die Kommunikation mit internationalen Studierenden, welche auf der Uni Salzburg ein englischsprachiges Studium absolvieren möchten, durchgehend auf Englisch erfolgt.

2.8 Zeitliche Flexibilität bei LVs mit Anwesenheitspflicht - bei Berufstätigkeit, Betreuungspflicht oder Lasten durch Covid-19

Viele Studierende sind berufstätig oder haben Betreuungspflichten. Durch die Pandemie haben sich darüber hinaus neue Herausforderungen und Belastungen ergeben. Wir fordern für alle, die aus diesen Gründen Schwierigkeiten haben, ihre Anwesenheitspflicht zu erfüllen, das Anbieten von Kompensationsleistungen, die die fehlende Anwesenheit ersetzen können.

Vor Semesterbeginn wäre zudem eine zeitliche Abstimmung der LV-Termine, eventuell mit einer Umfrage unter den Teilnehmenden, sehr wertvoll. Im Falle unerwarteter Terminverschiebungen oder von Ersatzterminen sollte von den LV-Leiter_innen zudem unbedingt eine solche Abstimmung mit den Studierenden erfolgen.

2.9 Keine weiteren Kosten für Studierende

Wir fordern, gerade angesichts der Belastungen durch die Pandemie, dass es im Studium zu keinen weiteren Kostenerhöhungen, etwa für Vorbereitungskurse, mehr gibt, und dass eine Obergrenze für solche Kosten wieder eingeführt wird. Wenn Geld für ein neues Logo vorhanden ist, muss die Bildung erst recht finanziert werden können.

2.10 Ausbau der Sommeruniversität

Auch während der Sommerferien sollen Studierende die Möglichkeit haben, ergänzend zu den regulären Lehrveranstaltungen während des Semesters, Kurse wie besonders zeitintensive oder bspw. geblockte Lehrveranstaltungen oder Laborübungen zu besuchen. Die Universität soll daher

nach Maßgabe der Nachfrage entsprechende Angebote in Zusammenarbeit mit der ÖH und den fachlich zuständigen Studienvertretungen erarbeiten und rechtzeitig vor den Ferien zu veröffentlichen. Dies ist auch im Sinne der besseren Studierbarkeit intendiert, da die berufstätigen Studierenden die Planung erleichtert.

3 Die FLUS und die FLÖ

3.1 Grundsätze von FLUS & FLÖ

Für eine parteipolitisch unabhängige Studierendenvertretung

Wir sind eine parteipolitisch unabhängige Studierendenvertretung und sprechen uns gegen jegliche Parteipolitik in der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft aus.

Die Interessen der Studierenden stehen für uns an oberster Stelle! Diese zu vertreten funktioniert parteipolitisch unabhängig am besten. Finanzielle und ideologische Eigenständigkeit – ohne eine Parlamentspartei im Hintergrund – ermöglicht uns ungebundenes und selbstbestimmtes Handeln.

Eine gute Studierendenvertretung muss kritisch sein und darf nicht aufgrund eines Abhängigkeitsverhältnisses von Parlamentsparteien ihre eigentliche Aufgabe aus den Augen verlieren - Parteiinteressen dürfen nicht an die Stelle der Interessen der Studierenden treten!

Für Partizipationsmöglichkeiten auf allen ÖH-Ebenen

Alle Studierenden sollen die Möglichkeit haben die ÖH und damit ihre Hochschule mitzugestalten. Wir sind ein Zusammenschluss von unabhängigen Listen an den österreichischen Hochschulen und für uns ist die Einbindung aller Studierenden in sämtliche Entscheidungsfindungsprozesse der ÖH-Arbeit von zentraler Bedeutung. Durch niederschwellige Partizipationsmöglichkeiten haben alle Studierende bei uns einen Platz.

Uns ist wichtig, dass auch partei- und fraktionslose Studierendenvertreter_innen und studentische Organisationen und Institutionen bei uns eine Ansprechperson haben und ihre Anliegen Gehör finden, da Engagement nicht von Fraktionszugehörigkeit abhängt.

Für Inklusivität und Offenheit

Wir setzen uns für inklusive, diverse und barrierefreie Hochschulen ein, möchten diskriminierende Strukturen aufbrechen und stehen aktiv für mehr Diversität unter Lehrenden und Studierenden ein.

Deshalb lehnen wir jegliche Form der Diskriminierung entschieden ab, sei es aufgrund von Geschlecht, Alter, sexueller Neigung, Hautfarbe, sozialer oder geographischer Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, körperlicher und psychischer Beeinträchtigungen, Religion, Meinung oder politischer Einstellung. Wir treten aktiv gegen diskriminierende Handlungen und Äußerungen auf.

Für eine transparente ÖH

Uns ist Kommunikation der ÖH-Arbeit wichtig, damit diese für alle Studierenden frei zugänglich ist. Um Studierenden die Arbeit der ÖH frei zugänglich zu machen ist es uns wichtig diese transparent zu kommunizieren. Dafür hat die ÖH getroffene Beschlüsse und die dahinter liegende Argumentation, sowie ihre Finanzen und Personalentscheidungen zu veröffentlichen.

Als FLÖ legen wir unsere Wahlkampfkosten jede Periode offen, um einen Schritt in Richtung transparente ÖH zu setzen!

Für das allgemeinpolitische Mandat der ÖH

Die Realität der Studierenden endet nicht, sobald sie die Hörsäle verlassen. Das Leben der Studierenden hat viele Facetten und wird von unterschiedlichsten Einflüssen bestimmt. Es wäre daher unrealistisch zu behaupten, dass der Auftrag der Studierendenvertretung mit Bildungsrecht und Stipendienwesen endet. Daher setzt sich die FLÖ für die Beibehaltung und die aktive Ausübung des allgemeinpolitischen Mandats ein.

Für echte Mitsprache an den Hochschulen

Studierende sind die größte Personengruppe an den Hochschulen. Wir verstehen uns weder als deren Kund_innen noch als Produkte, sondern als mitverantwortliche Angehörige. Als solche sehen wir die studentische Partizipation in allen möglichen Hochschulprozessen als essentiell an. Hochschulen leben von dem Zusammenspiel zwischen Forschung und Lehre, welches ohne Studierende nicht möglich wäre. Daher müssen Studierende in alle Entscheidungsprozesse an Hochschulen einbezogen werden, beispielsweise durch eine drittelparitätische Besetzung der Gremien und dem Ausbau demokratischer Strukturen.

Für ein studierendenfreundliches Studienrecht

Wir setzen uns für ein Studienrecht ein, das Studierende absichert und ein qualitatives Studium ermöglicht. Egal ob Fachhochschule, Pädagogische Hochschule, Privatuniversität, Privathochschule oder Universität, alle Studierenden verdienen Sicherheit in Studien und bei Prüfungen!

Wir begrüßen die Autonomie der Hochschulen, sehen allerdings einheitliche Mindeststandards im Studienrecht als Voraussetzung für qualitatives Studieren.

Für Qualität im Studium

Wir kritisieren den Wandel der Hochschulen zu reinen Ausbildungseinrichtungen. Für uns stehen Studierende im Mittelpunkt. Nicht das bloße Konsumieren und Reproduzieren von Wissen, sondern das Vermitteln von aktuellen und zielgruppengerechten Lehrinhalten sowie die Förderung des kritischen und selbstständigen Denkens, sehen wir als zentrale Aufgabe der Hochschule an. Zeitgemäße und qualitätsvolle Lehre soll Studierende dazu befähigen, sich kritisch mit aktuellen Themen- und Forschungsgebieten auseinanderzusetzen. Die Lehre soll sich stetig anhand aktueller didaktischer und fachlicher Erkenntnisse weiterentwickeln und ganzheitlich als Einheit mit der Forschung verwirklicht werden.

Ein zentrales Ziel der Hochschulen sollte die Förderung und Sicherstellung der Qualität eingerichteter Studien sein. Dies umfasst unter anderem Aspekte wie Studierbarkeit, angemessene Betreuungsverhältnisse in immanenten Lehrveranstaltungen, ECTS-Gerechtigkeit, sowie Vereinbarkeit mit Beruf und Betreuungspflichten.

Für die ethische Reflexion von Lehre und Forschung

Um einen verantwortungsvollen Umgang in der Forschung sicherzustellen, setzen wir uns für die Einrichtung von unabhängigen Stabstellen zur Evaluierung von Forschungsprojekten hinsichtlich ethischer Fragestellungen ein. Diese sollen weiters eine Beratungsstelle für Forschende, Studierende und Lehrende zum Thema ethische Forschung sein. Die Herkunft von Drittmitteln

soll nach Möglichkeit offengelegt werden, um Transparenz zu gewährleisten. Weiters fordern wir Folgenabschätzungen zu Forschungsprojekten an Hochschulen, welche offenzulegen sind.

Lehrende sollen sich außerdem ihrer Verantwortung bewusst sein und sich in ihren Lehrinhalten mit ethischen Fragestellungen auseinandersetzen und Studierende anregen, Themen ganzheitlich zu betrachten und kritisch zu hinterfragen.

Für mehr Flexibilität im Studium

Wir setzen uns dafür ein, dass Studierende ihr Studium flexibel gestalten können, da individuelle Schwerpunktsetzung wesentlich zur Qualität im Studium beiträgt. Dazu gehört der Abbau von Voraussetzungsketten genauso wie eine ausreichend große Anzahl an frei wählbaren ECTS, die den Studierenden ermöglichen sollen, ihr Studium an ihren Lebensrealität und ihre Interessen anzupassen.

Für einen freien und offenen Zugang zu Bildung

Wir sind gegen jegliche finanziellen Hindernisse in und vor dem Studium, seien es Studiengebühren, Studienbeiträge, Kautionen oder Aufnahmegebühren. Wir vertreten die Ansicht, dass der Zugang zu Bildung nicht beschränkt werden darf - Bildung ist ein Menschenrecht! Die Aufgabe des Staates ist es, für einen entsprechenden Ausbau der Kapazitäten an bestehenden Hochschulen sowie die dafür notwendigen Ressourcen zu sorgen. Durch die Schaffung der passenden Rahmenbedingungen an Hochschulen soll allen, die ein Studium anstreben, ein freier, offener Hochschulzugang ermöglicht werden.

Für die Ausfinanzierung von Hochschulen

Für uns ist Bildung eines der höchsten Güter der Gesellschaft. Hochschulen sind Zentren des Diskurses und wichtiger Ausgangspunkte des gesellschaftlichen Fortschritts. Deshalb müssen Hochschulen durch öffentliche Mittel ausfinanziert werden. Wenn Hochschulen auf das Geld aus der Wirtschaft angewiesen sind, ist freie Forschung und Lehre unmöglich. Drittmittel sollen nur Zusatzeinnahmen und nicht essentiell für den Betrieb der Hochschulen sein.

Für leistbares Studieren

Wir treten für die umfassende Unterstützung Studierender ein und streben insbesondere den Ausbau eines an die Lebensrealität der Studierenden angepassten Beihilfen- und Stipendiensystems an. Auch günstiges Wohnen, leistbares, qualitativ hochwertiges Essen in der Mensa und verbilligte Tickets für öffentliche Verkehrsmittel sind uns ein Anliegen.

Wir setzen uns für den Abbau von finanziellen Hürden in der Hochschullandschaft ein. Es darf weder die finanzielle Stellung der Studierenden, noch das Einkommen der Eltern über den Beginn oder den erfolgreichen Abschluss des Studiums entscheiden.

Studieren muss unabhängig von den Lebensumständen möglich gemacht werden!

Für soziale Diversität an Hochschulen

Wir setzen uns insbesondere für die Förderung und Unterstützung von First Generation Students, (Studierende, die in ihrem familiären Hintergrund keine Akademiker_innen haben), Studierende mit Migrationshintergrund, sowie jegliche Studierende aus marginalisierten Gruppen, ein. Sie haben es oft schwerer ein Studium zu beginnen, erfolgreich im Studium voran zu kommen und abzuschließen und Deshalb soll es für diese Studierenden Angebote zur Unterstützung und Orientierung geben daher individuelle Beratung und Unterstützung. Bildungsgrad und Herkunftsland der Eltern dürfen nicht entscheidend für den Bildungsweg der nachfolgenden Generation sein.

Für Internationalität an Hochschulen

In unserer vernetzten Welt ist internationaler Austausch unbedingt notwendig. Dies sollte auch für Studierende ermöglicht werden. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Erleichterung der Teilnahme an Austauschprogrammen - sowohl für Outgoings als auch für Incomings - und eine bessere Anerkennung der im Ausland erbrachten Leistungen ein.

Weiters dürfen Studierende aus Drittstaaten nicht länger durch die Zahlung eines deutlich höheren Studienbeitrag diskriminiert werden.

Selbstverständlich für moderne Hochschulen sollte außerdem sein, dass die Kommunikation mit internationalen Studierende, welche ein englischsprachiges Studium in Österreich absolvieren, durchgehend auf Englisch erfolgt.

Für Lehrende und Studierende sollen die gleichen Anforderungen an ihr Sprachniveau gestellt werden. Zum Einstieg für internationale Studierende muss es möglich sein, geforderte Sprachnachweise auch ohne Zusatzkosten zu erbringen bzw. die benötigten Sprachen am Studienbeginn an der Hochschule zu erlernen. Kurse und Sprachprüfungen sind durch die Hochschulen kostenlos anzubieten.

3.2 Forderungen von FLUS & FLÖ

Nachvollziehbare Beurteilungskriterien

Studierende benötigen klare Informationen zu den Aufgabenstellungen der jeweiligen Lehrveranstaltung, um das Zustandekommen der Noten nachvollziehen zu können. Noten dürfen nicht auf die subjektiven Befindlichkeiten von Lehrenden zurückzuführen sein, sondern brauchen objektive Kriterien, nach denen beurteilt wird. Deshalb fordern wir einen umfangreichen Kriterienkatalog, der am Beginn der Lehrveranstaltung an die Studierenden kommuniziert und gegebenenfalls diskutiert wird. Dies soll vor allem bei prüfungsimmanenten Lehrveranstaltungen den Studierenden Sicherheit geben.

Rechtssicherheit für prüfungsimmanente Lehrveranstaltungen

Für Lehrveranstaltungen, die mit einer einzelnen Prüfung abschließen (z. B. die klassische Vorlesung) kennt das Gesetz klare Regeln, die Studierende vor Willkür schützen. Bei allen anderen Lehrveranstaltungen (“prüfungsimmanente Lehrveranstaltungen”, z.B. Übungen) ist das nicht der Fall.

Um für Studierende eine höhere Rechtssicherheit bei Themen wie Anwesenheitspflichten und Wiederholbarkeit von Lehrveranstaltungen zu gewährleisten fordern wir hier gesetzliche

Mindestanforderungen. Derzeit gibt es von Hochschule zu Hochschule sehr unterschiedliche Regelungen, daher gilt es hier österreichweite Mindeststandards zu schaffen!

Rechtsschutz bei Prüfungen

Um potentiell willkürlichen Beurteilungen Schutzmechanismen entgegensetzen zu können, fordern wir die Möglichkeit von Rechtsmitteln gegen die Benotung von Prüfungen.

Wiederholungsmöglichkeit für positiv abgeschlossene Lehrveranstaltungen auf FHs

Für Fachhochschulen fordern wir eine Wiederholungsmöglichkeit für positiv absolvierte Prüfungen, um den Notenschnitt verbessern zu können.

Recht auf Privatsphäre auch bei Distanzprüfungen

Viele Studierende haben im vergangenen Jahr massive Eingriffe in ihre Privatsphäre annehmen müssen. Mehrere Kameras, Aufzeichnungen und Spyware mussten akzeptiert werden, um an Prüfungen teilnehmen zu können.

Wir fordern eine rechtliche Klärung des Sachverhalts und klare Richtlinien für Distanzprüfungen, die unverhältnismäßigen Eingriffen in die Privatsphäre von Studierenden den Riegel vorschiebt. Sollte die Teilnahme aufgrund unverhältnismäßiger Maßnahmen verweigert werden, müssen von der Hochschule alternative Modi geschaffen werden, um allen Studierenden die Teilnahme an Prüfungen zu ermöglichen.

Digitale Kompetenz für Lehrende

Im vergangenen Jahr mussten im ganzen Land Lehrveranstaltungen auf digitale Methoden umgestellt werden. Dabei wurden drastische Unterschiede in der Kenntnis benötigter Methoden und Software zwischen den Lehrenden sichtbar. Während die einen die Potentiale an Distance Learning erkannt und genutzt haben (z.B. durch Vorlesungsaufzeichnungen), gaben sich andere mit dem Hochladen ihrer Präsentationen zufrieden. Die Digitalisierung auf Hochschulen darf keine improvisierte Überbrückung bleiben. Die positiven Aspekte der Digitalisierung sollen auch nach der aktuellen Ausnahmesituation zur Qualität der Lehre und der Flexibilisierung des

Studiums zugunsten der Studierenden beitragen. Daher fordern wir Schulungsangebote für Lehrende zu den Themen Softwarenutzung und zeitgemäßen didaktischen Methoden in Distance Settings.

Ausbau der technischen Infrastruktur an Hochschulen

Besonders die einschneidenden Maßnahmen an Hochschulen seit Beginn der COVID-19-Pandemie haben gezeigt, wie wichtig es für eine moderne Hochschule ist, dass sowohl Lehrende als auch Studierende mit geeigneter technischer Infrastruktur für Lehre und Forschung aus der Distanz ausgestattet sind. Wir fordern den Ausbau technischer Infrastruktur an Österreichs Hochschulen. Auf jeden Fall muss es Streaming- und Aufnahmemöglichkeiten in Hörsälen und großen Seminarräumen geben. Für Studierende, die die benötigte Infrastruktur nicht haben, muss die Hochschule Alternativen anbieten. Dies kann dadurch geschehen, dass eigene Räume oder technische Infrastruktur von der Hochschule gestellt und/oder alternative Beurteilungsmethoden angeboten werden.

Kommission zur fairen Überprüfung von Schummelvorfällen

Mit dem wachsenden Anteil an Distanzprüfungen wuchs auch die Angst der Lehrenden, dass geschummelt wird. Die Anzahl an Vorwürfen dahingehend stieg in den letzten Monaten an vielen Hochschulen enorm. Leider ist es immer noch so, dass Prüfer_innen in solchen Situationen Ankläger_in und Richter_in gleichzeitig sind. Dieser Zustand ist unfair und untragbar. Daher fordern wir die Einführung von eigenen Kommissionen, die unter Mitwirkung von Studierenden diese Schummelvorfälle unparteiisch prüfen.

Verpflichtende Didaktikschulungen & Konsequenzen bei Nichterfüllung von Pflichten der Lehrenden bzw. Hochschulen

All jene Personen, die in die Lehre einsteigen und keine oder nicht ausreichende didaktische Ausbildung absolviert haben, sollen zu einer didaktischen Ausbildung verpflichtet werden. Des Weiteren müssen bei Rechtsverstößen seitens der Hochschule oder der Lehrenden (z. B. zu lange Korrekturdauer, Nichtanbieten von Prüfungsterminen) Konsequenzen folgen und diese Missstände schnellstmöglich behoben werden.

Ausbau der Infrastruktur an Hochschulen

Hochschulen sind nicht nur Orte des Lehrens, sondern auch des Lernens. Dafür muss Studierenden die notwendige Infrastruktur geboten werden! Wir fordern daher die Schaffung von ausreichend Lern- und Gruppenarbeitsplätzen sowie eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Hochschulen und Bibliotheken. Zusätzlich braucht es Aufenthalts- und Kommunikationsräume sowie Gemeinschaftsküchen für Studierende.

Im Rahmen der Lehrveranstaltungen fordern wir außerdem einen Ausbau der Ausstattung in Hörsälen, Seminarräumen und Laboren. Hier geht es auch nicht um reine Quantität, sondern auch die Qualität und Zuverlässigkeit der Infrastruktur muss gewährleistet sein.

Hochwertige Lehre als essentieller Teil einer Hochschulkarriere

Exzellente Lehre gehört von Seiten der Hochschule honoriert, wohingegen negativ evaluierte Lehre durch entsprechende Schulungen verbessert werden muss. Hierfür braucht es ein niederschwelliges Evaluierungssystem, damit möglichst viele Studierende ihre Meinungen anonym abgeben können. Die Ergebnisse müssen Studierendenvertreter_innen zur Verfügung gestellt werden und als Basis für Verbesserungen bzw. Auszeichnungen von Lehrveranstaltungen dienen. Wir fordern, dass für gute Lehre ein attraktives Anreizsystem geschaffen wird und bei ungenügenden didaktischen Kompetenzen Fortbildungen und Schulungen verpflichtend zu absolvieren sind. Weiters soll das Engagement in Gremien eine entsprechende Honorierung finden, denn auch hier wird an den Rahmenbedingungen für hochwertige Lehre gearbeitet.

Studierbare Studien

Wir sind der Überzeugung, dass die Lebensrealität der Studierenden umfassend in Entscheidungsprozesse an Hochschulen einbezogen werden muss. Die Beachtung des Aspekts der Studierbarkeit und studentischer Perspektiven ist daher essentiell. Bei der Curricula-Gestaltung soll auf studierendenzentriertes Lehren und Lernen geachtet werden und Aspekte wie Modularisierung, Studierendenmobilität (z. B. über Mobilitätsfenster) sowie Wahlfreiheit und individuelle Schwerpunktsetzung sollen, im Sinne der Studierbarkeit, berücksichtigt werden. Nicht notwendige Voraussetzungsketten in Curricula sollen reduziert werden. Bei der Vergabe von ECTS-Punkten ist vom tatsächlichen Arbeitsaufwand, welcher u. a. auch über LV-

Evaluierungen ermittelt wird, unbedingt auszugehen. Darüber hinaus muss auch durch eine Verbesserung struktureller Rahmenbedingungen (z.B. Erleichterungen bei Anerkennungen, möglichst kurze Korrekturdauern, Vereinbarkeit von Lehrveranstaltungen mit sonstigen Verpflichtungen, Angebot von ausreichend Prüfungsplätzen) ein wichtiger Beitrag zu einem studierbaren Studium geleistet werden.

Faire Bedingungen in Berufungs- und Habilitationskommissionen

Um eine bestmögliche Auswahlentscheidung in Kommissionen zu ermöglichen, soll bei der Zusammensetzung von Kommissionen verpflichtend auf Diversität der Mitglieder - insbesondere auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis - geachtet werden. Ebenso muss klargestellt werden, dass eventuelle Befangenheiten jeglicher Art vor Beginn der Kommission definiert und deklariert werden müssen.

Des Weiteren sprechen wir uns für eine Stärkung und gesetzliche Verankerung der Mitwirkungsrechte von Studierenden bei abgekürzten Berufungsverfahren aus sowie für die Abschaffung der ECTS-Grenze bei der Entsendung von Studierenden in Kommissionen.

Drittelparität in Gremien

Um die Interessen der Studierenden zu vertreten, braucht es in den Gremien der Hochschulen ein ausgewogenes Machtverhältnis. Momentan werden viele Entscheidungen über die Köpfe der Studierenden hinweg getroffen und unsere Bedürfnisse werden politischen sowie finanziellen Interessen untergeordnet.

Um dies ändern zu können fordern wir, dass mindestens ein Drittel der Plätze in Gremien von Studierenden besetzt wird, um die Anliegen der Studierenden mit starker Stimme vertreten zu können.

Faire Regelungen bei Anwesenheitspflichten

Wir fordern eine klare Regelung darüber, welche Abwesenheitsgründe bei einer Lehrveranstaltung von der Leitung zu akzeptieren sind. Jedenfalls ist für uns selbstverständlich,

dass Krankheit und familiäre Notfälle zu einer Abwesenheit ohne negative Konsequenzen für die Studierenden führen müssen.

Außerdem soll eine Maximalgrenze für Anwesenheitspflichten eingeführt werden (z. B. bei 80%). Eine ausnahmslose Anwesenheitspflicht ohne jegliche Flexibilität stellt vor allem für Studierende mit Betreuungspflichten eine unverhältnismäßige Mehrbelastung dar.

Entscheidungsfreiheit für Bewerber innen an Fachhochschulen

An österreichischen Fachhochschulen gibt es ein großes Angebot an Studiengängen mit unterschiedlichen Curricula und Schwerpunkten. Viele Studienwerber_innen können sich allerdings nicht frei zwischen diesen Möglichkeiten entscheiden, da manche FHs eine endgültige Zusage verlangen, während Rückmeldungen von anderen FHs noch ausständig sind. Bewerber_innen müssen frei zwischen ihren Möglichkeiten wählen können! Wir fordern daher einen österreichweit einheitlichen definierten Zeitpunkt, bis zu dem FHs ihre Entscheidung bekannt geben müssen, damit Studienwerber_innen in Ruhe ihrem zukünftigen Studium zusagen können.

Qualitätssicherung bei akademischen Weiterbildungslehrgängen

Derzeit sind Lehrgänge an Hochschulen nicht ausreichend reglementiert oder gekennzeichnet. Hohe Qualitätsstandards müssen an Österreichs Hochschulen eingehalten werden - egal ob in einem Studien- oder Lehrgang. Daher fordern wir die Pflicht zur Qualitätssicherung von Lehrgängen durch eine unabhängige Stelle (z. B. AQ Austria), die den Standards regulärer Bachelor- und Masterstudiengängen entspricht.

Weiterführende Master als Studiengänge an Fachhochschulen

Viele Studierende können keinen weiterführenden Master an ihrer Fachhochschule antreten, da dieser dort nur als Lehrgang angelegt ist und somit mehrere Tausend Euro kosten. Viele werden dadurch sogar gezwungen ihren Studienort zu wechseln, um ein passendes Masterstudium belegen zu können. Dieser Missstand ist kein Einzelfall und führt zu sozialen Beschränkungen im

Studium! Jeder weiterführende Master muss als Studiengang angeboten werden, um allen Studierenden die weiterführende (Aus-)Bildung zu ermöglichen!

Für die öffentliche Ausfinanzierung von Hochschulen

Wir fordern eine Ausfinanzierung aller Fachhochschulen, pädagogischer Hochschulen und Universitäten durch die öffentliche Hand. Nur wenn die Finanzierung langfristig sichergestellt ist und man nicht von Investitionen privater Firmen abhängt, lassen sich hochqualitative Studien anbieten. Drittmittel dürfen ausschließlich als Zusatzeinnahmen dienen und dürfen nicht notwendig für die Aufrechterhaltung von Lehrbetrieb und Forschung sein. Studierende müssen eine Sicherheit haben, dass sie ihr Studium fortsetzen und abschließen können.

Freier Zugang zu wissenschaftlichen Arbeiten und Publikationen

Von frei zugänglichen wissenschaftlichen Arbeiten und Publikationen profitieren nicht nur Studierende bei der Suche nach einer passenden Quelle für ihre Abschlussarbeit, sondern auch die gesamte Gesellschaft, denn Fortschritt setzt einen ungehinderten Wissensfluss voraus. Forschungsergebnisse dürfen nicht hinter Paywalls versteckt werden.

Daher fordern wir, gegebenenfalls nach einer Sperrfrist, den freien, kostenlosen und niederschweligen Zugang zu von der öffentlichen Hand finanzierter Forschung.

Schaffung von Ethikplattformen an allen Hochschulen

Ethik ist ein sehr relevantes Thema sowohl in der Forschung als auch in der Lehre. Um dies an Hochschulen prägender zu machen und einen Ort für Diskussion zwischen den Mitgliedern der Hochschulen zu schaffen, soll verpflichtend an allen Hochschulen eine "Ethikplattform" geschaffen werden. In dieser sollen Vertreter_innen aller Organisationseinheiten der Hochschule sowie Studierende vertreten sein. Als Orientierungsbasis und Rolemodel dafür soll die Ethikplattform der Universität für Bodenkultur Wien dienen.

Stellungnahmeprozess der Hochschulvertretungen vor Leistungsvereinbarungsperioden

Die Hochschulvertretungen sollen in die vorbereitenden Gespräche zu den Leistungsvereinbarungen und Entwicklungsplänen verpflichtend eingebunden werden. Da mit diesen Dokumenten wesentliche Eckpunkte und Verpflichtungen für die Hochschulen geformt werden, ermöglicht die Partizipation Anliegen der Studierenden direkt in die zukünftige Entwicklung der Hochschulen mit einfließen zu lassen.

Starke Rechte für Studierendenvertreter innen

Wenn man die Interessen der Studierenden vertritt, äußert man zwangsläufig auch Kritik an Lehrenden und damit oft den eigenen Prüfenden. Damit sich das nicht auf die Note niederschlägt, braucht es eine gesetzliche Absicherung. Die aktuelle Rechtslage, die ein Recht auf kommissionelle Beurteilung beinhaltet, bietet keine Lösungen für immanente Lehrveranstaltungen - das gehört geändert.

Die Studierendenvertretung in Österreich beruht auf Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit. Studierendenvertreter_innen machen ihre Arbeit aus Überzeugung und investieren in diese zeitliche, monetäre und viele weitere Ressourcen. Dies darf zu keinen Nachteilen führen, weshalb auch hier eine gesetzliche Grundlage eine Absicherung sicherstellen muss. Parallel zu der bereits geltenden Regelung zur Verlängerung des Anspruches auf Studienbeihilfe fordern wir ein Recht auf Erlass des Studienbeitrages für Studierendenvertreter_innen.

Wer sich in der Studierendenvertretung engagiert, sollte auch die entsprechenden Rechte für sich in Anspruch nehmen können. Aktuell fallen allerdings viele engagierte Studierende aus der gesetzlichen Definition der "Studierendenvertreter_innen" heraus. Diese Definition im Gesetz muss überarbeitet werden, sodass zum Beispiel Jahrgangvertretungen, die an FHs eine sehr wichtige Rolle spielen, in Zukunft inkludiert sind.

Unterstützung von Vernetzung für lokale Vertretungen

Wir setzen uns auch zukünftig für die Vernetzung und Weiterbildung der Studienvertretungen, Referate und Hochschulvertretungen ein. Diese Unterstützung muss u.a. von der ÖH-Bundesvertretung organisiert und finanziert werden. Damit legen wir die Basis für kompetente Beratung und eine starke Vertretung für alle Studierenden.

Wir fordern den Ausbau an Schulungsangeboten für Studien- und Hochschulvertretungen. Vor allem auf diesen Ebenen der Studierendenvertretung herrscht ein enger Kontakt mit Studierenden. Studien- und Hochschulvertreter_innen sind es, die am besten wissen was Studierende für ein erfolgreiches Studieren und Leben benötigen. Diese Arbeit gehört honoriert und gefördert durch kostenlose Weiterbildungsmöglichkeiten in allen Aufgabenbereichen der Hochschulvertretungen sowie zu Softskills wie Verhandlungsstrategien und Rhetorik. Nur so kann die bestmögliche Vertretungsarbeit gewährleistet werden.

Beihilfen- und Stipendiensystem an Lebensrealitäten anpassen

Wir fordern eine Anpassung des Beihilfen- und Stipendiensystems an die Lebensrealität der Studierenden. Die Mindeststudiendauer als Grundlage für die Berechnung der Anspruchsdauer heranzuziehen ignoriert die Tatsache, dass viele Studien nicht realistisch in dieser Zeit abgeschlossen werden können. Daher soll stattdessen die durchschnittliche Studiendauer + Toleranzsemester für die Berechnung herangezogen werden. Beihilfen müssen gegen Armut und Ausgrenzung absichern, weshalb eine Erhöhung unerlässlich ist. Darüber hinaus sollen Altersgrenzen für Beihilfen komplett abgeschafft werden.

Es braucht eine klare Übersicht aller Beihilfen und Stipendien, um Studierenden den Zugang zu erleichtern.

Keine Altersgrenzen für studentische Vergünstigungen

Wir fordern, dass studentische Vergünstigungen (z. B. im öffentlichen Verkehr) allen Studierenden offenstehen, unabhängig von ihrem Alter. Das Durchschnittsalter Studierender in Österreich beträgt 27 Jahre und nicht jede_r beginnt das Studium mit 18 Jahren. Die derzeitigen Regelungen ignorieren die Realität eben jener Personengruppe, die durch sie entlastet werden soll.

Erleichterungen für berufsbegleitendes Studieren

65% der Studierenden arbeiten neben ihrem Studium, größtenteils um sich dieses finanzieren zu können. Durch diese zusätzliche zeitliche Belastung ist es vielen nicht möglich in Mindeststudienzeit abzuschließen und sie kommen dadurch in die Situation, Studienbeiträge bezahlen zu müssen oder verlieren den Anspruch auf Beihilfen. Wir fordern daher eine längere Studienbeitragsbefreiung und längeren Anspruch auf Beihilfen bei nachweislicher Erwerbstätigkeit.

Finanzielle Entlastung für Studierende mit Betreuungspflichten

Wer ein Kind großzieht oder ein Familienmitglied pflegt, kann nicht Vollzeit studieren und wird seit Studium nicht innerhalb der Mindeststudiendauer abschließen können. Doch auch diese Arbeit gehört gewürdigt. Deswegen fordern wir eine längere Studienbeitragsbefreiung und längeren Anspruch auf Beihilfen für alle Studierenden mit Betreuungspflichten.

Mehr Flexibilität und Selbstbestimmung an Fachhochschulen durch Teilzeitstudium

Erweiternd zur Studienunterbrechung soll es FH Studierenden ermöglicht werden, aus im Vorhinein bekannten, nachweisbaren Gründen ihr Studienjahr auf zwei Studienjahre aufzubrechen und somit für diese Zeit ein Teilzeitstudium zu beantragen. Gemeinsam mit der Studiengangsleitung sollen die Lehrveranstaltungen des ersten und des zweiten Jahres festgelegt werden ebenso wie Übergangsbestimmungen bei einem allfälligen Studienplanwechsel.

Hundemitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln auch für Studierende kostenlos

Studierende müssen im Großteil Österreichs für die Hundemitnahme den halben Fahrpreis erbringen. In einigen Städten Österreichs kann ein Hund mit der Jahresfahrkarte kostenlos mitgeführt werden. Nimmt ein_e Studierende_r seinen_ihren Hund in den Verkehrsmitteln mit, fallen für jede Fahrt Unkosten an – nimmt man seinen Hund täglich in öffentlichen Verkehrsmitteln mit, dann fallen Kosten an, die fast dreimal so hoch sind als das, was ein Studierenden-Semesterticket kostet.

Gerade während der COVID-19 Pandemie hat sich die Zahl der Hundebesitzer_innen nachweislich erhöht und ein Hund ist in vielen Fällen als sozial - emotionale Stütze nicht mehr wegzudenken. Wir fordern deshalb, die kostenlose Hundemitnahme in Verkehrsmitteln der österreichischen Verkehrsverbände, um Studierenden mit Hund keinen zusätzlichen untragbaren finanziellen Aufwand aufzuerlegen. Außerdem soll der Transport von Haustieren bei der Verhandlung des von der Regierung bereits angekündigten 1-2-3-Tickets inkludiert werden.

Abschaffung der Studienbeiträge

Bildung ist ein Menschenrecht und muss für jede_n frei zugänglich sein! Soziale, finanzielle und wirtschaftliche Aspekte dürfen kein Ausschlussgrund für ein Studium sein. Daher sprechen wir uns klar gegen Studienbeiträge aus und fordern dementsprechend eine Abschaffung.

Besonders kritisch sehen wir, dass Studierende aus Drittstaaten mit der Zahlung deutlich höherer Studienbeiträge schon ab Studienbeginn strukturell benachteiligt werden. Dies muss abgeschafft werden.

Keine zusätzlichen Kosten im Studium

Viele Studierende müssen neben ihrem Studium arbeiten um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Hier stellen Kosten in Lehrveranstaltungen (Exkursionen, Übungen, Laboren) eine weitere Belastung dar. Dafür sollen die Hochschulen zusätzliches Budget bekommen - die Kosten dürfen nicht an den Studierenden hängen bleiben. Finanzielle Barrieren hindern den Studienfortschritt. Wir fordern, dass Fachliteratur und Skripten generell frei und einfach zugänglich sind. Dies kann zum Beispiel durch eine österreichweit

zugängliche Onlinebibliothek erfolgen. Des weiteren muss für die Lehrveranstaltungen benötigte Software frei zugänglich und kostenlos sein.

Faire Entlohnung für Praktika

In vielen Studiengängen sind Praktika verpflichtend und nehmen oft über 40 Wochenstunden in Anspruch. Zusätzlich müssen Prüfungen abgeschlossen und das Leben finanziert werden, das ist in vielen Fällen ein enormer Stressfaktor. Studierende sind nicht einfach eine billige Stütze für die Praktika anbietenden Stellen, sondern unsere Arbeit ist wertvoll und verdient Anerkennung! Deswegen fordern wir eine faire Entlohnung unserer Arbeit in Praktika.

Finanzielle Unterstützung für teilnehmende Studierende an Sommerschulen

Sommerschulen sollen drohenden Bildungsnachteile entgegenwirken, die aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen bei Schüler_innen durch die Covid-19 Situation entstanden sind. Die Teilnahme an den Sommerschulen ist kostenlos. Lehramtsstudierende unterrichten Kinder und erhalten aktuell dafür nur 5 ECTS-Punkte. Dies inkludiert auch die Vor- und Nachbereitungskurse.

Wir fordern ein faires Modell, welches an Sommerschulen teilnehmenden Studierenden garantiert, dass sie einen finanziellen Fahrtkostenzuschuss und eine Aufwandsentschädigung erhalten. Zusätzlich müssen sämtliche benötigte Lehrmaterialien den Studierenden zur Verfügung gestellt oder Anschaffungskosten übernommen werden.

Österreichweites Praktikumsgütesiegel

Wir fordern die Einführung eines österreichweiten Praktikumsgütesiegels.

Praktikaanbieter_innen sollen auf Basis eines Kriterienkatalogs (Gehalt, Qualität der Betreuung, Arbeitszeiten, ...) beurteilt werden. Unternehmen und Organisationen mit guten Bedingungen erhalten von der ÖH Bundesvertretung das Praktikumsgütesiegel. Die Liste aller ausgezeichneten Unternehmen und Organisationen ist öffentlich einsehbar. Studierende profitieren durch eine höhere Transparenz bei den Arbeitsbedingungen bei Praktika während Unternehmen und Organisationen durch mehr Bewerbungen von motivierten Studierenden profitieren.

Verpflichtende Schulungen gegen unbewusste Vorurteile

Jeder Mensch hat Vorurteile. Besonders im Zuge von Kommissionen zu Berufungen und Habilitationen ist es allerdings wichtig sich kritisch mit diesen auseinanderzusetzen und Vorurteilen betreffend Geschlecht, Alter oder Herkunft von Kandidat_innen keine Chance zu geben. Daher fordern wir verpflichtende Schulungen zum Thema unconscious bias für alle Kommissionsmitglieder.

Angebote für Studierende mit Kind(ern) an Hochschulen

5,6% der Studierende haben ein Kind im Alter von unter 14 Jahren, das im gleichen Haushalt lebt. Um auch diesen Studierenden ein Studium zu ermöglichen, müssen Kinderbetreuungsangebote direkt an den Hochschulen ausgebaut werden. Auch Wickeltische und Stillräume müssen flächendeckend angeboten werden.

Barrierefreiheit an Hochschulen

Hochschulen müssen österreichweit barrierefrei werden, um eine inklusive Bildung ermöglichen zu können. Dafür muss verpflichtend an allen Hochschulgebäuden eine entsprechende Infrastruktur geschaffen werden. Zusätzlich sollen Hochschulen flexible Lehrangebote für Studierende mit länger andauernden Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen anbieten und Prüfungssituation gegebenenfalls in einer barrierefreien Umgebung anbieten.

Vereinfachte Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Um die Mobilität unter den Studierenden und Nachwuchswissenschaftler_innen sicherzustellen, muss eine nahtlose Anerkennung von Abschlüssen bzw. Reifezeugnissen aus all jenen Ländern geben, welche jene Abschlüsse qualitätsgesichert haben. Derzeit sind selbst aus EU-Staaten derartige Nostrifikationen nur unter hohem bürokratischen Aufwand möglich. Es soll in Österreich eine Anerkennungsdatenbank, ähnlich der Anabin Datenbank (<https://anabin.kmk.org>) in Deutschland, eingeführt werden, um rasche und transparente Verfahren zu ermöglichen.

Genderdiversität und -sensibilisierung fördern

Aktives Fördern der Genderdiversität an Hochschulen durch Sensibilisierung des bereits bestehenden Lehrkörpers ist unerlässlich. Lehrpersonen müssen eine verpflichtende Schulung zu Frauenförderung, Genderdiversität und Gendersensibilisierung besuchen. Zusätzlich müssen Hochschulen eigene Lehrveranstaltungen anbieten um Studierende auf die Genderproblematik aufmerksam zu machen.

Queerförderung an den Hochschulen

Fehlendes Wissen zu Themen der Queer Community und Diskriminierung von Queerpersonen sind auf unseren Hochschulen immer noch allgegenwärtig. Hochschulen müssen ihre Angehörigen in Form von Schulungen oder Informationskampagnen zu Themen der Queer Community sensibilisieren. Darüber hinaus soll jede Hochschule eine eigene Anlaufstelle für queere Personen einrichten. Außerdem müssen Unisex-Toiletten zur Verfügung stehen.

Unabhängige Antidiskriminierungsstelle an Hochschulen

Diskriminierung und Übergriffe sind leider bittere Realität an unseren Hochschulen. Deshalb braucht es niederschwellige Beratungsmöglichkeiten, die auch anonym in Anspruch genommen werden können. Angehörige der Hochschulen müssen eine Anlaufstelle haben, die ihnen sowohl psychologische als auch rechtliche Beratung bietet und an weitere Stellen vermittelt.

Wir fordern die Einrichtung unabhängiger Beratungsstellen für Diskriminierung an allen Hochschulen! Solche Beratungsstellen müssen kompetent und unabhängig besetzt werden. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen ist notwendig, um die rechtlich eingerichteten Strukturen zu wahren. Außerdem sollen diese dem Senat jährlich Bericht erstatten über die gemeldeten Diskriminierungsformen, die getätigte Beratung und konkrete Verbesserungen für die Hochschule vorschlagen.

4 Wir suchen Dich!

Wir, die FLUS sind eine nun wiedergegründete Liste an der Universität Salzburg. Wir freuen uns daher immer über neue Menschen, die bei uns mitmachen wollen, wir wenden uns besonders an FLINT-Personen, um unserer Liste auch die Diversität aufzuweisen wie sind in Gesellschaft und Hochschule besteht.

5 Kontakt und Impressum

Fachschaftsliste der Universität Salzburg

Listensprecher: Michael Fürthaller

Anschrift: Semmelweisstraße 40/5/31, A-4020 Linz

& Faberstraße 19/409, 5020 Salzburg

Mail: office@flus.at

Web: www.flus.at

Tel: 0660/5498458